



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Brandenburg



11. März 2021

Gemeinsame Presseerklärung

GEW Brandenburg und Landeselternrat: Unzureichende Testmöglichkeiten und fehlende Impfangebote gefährden die Schulöffnungen und die Gesundheit der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte im Land Brandenburg!

Kurz vor den weiteren Schulöffnungen sind viele Fragen im Zusammenhang mit der Teststrategie ungeklärt und es ist davon auszugehen, dass die Öffnungen in vielen Schulen am kommenden Montag ohne Testungen vollzogen werden sollen. Aus Sicht der GEW Brandenburg und des Landeselternrates ist dies unverantwortlich und besorgniserregend. Die Öffnungen und das Geöffnet bleiben der Schulen sind nur bei regelmäßigen Testungen aller Beteiligten und bei Impfangeboten für alle Lehrkräfte zu verantworten. Die bisher vorgesehenen Testmöglichkeiten reichen nicht aus. Weder sind die Anzahl der Tests ausreichend noch sind die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen für einen pünktlichen Start der Tests umfassend und rechtzeitig erfolgt. Es fehlen die konkreten Angaben zu den eingesetzten Selbsttests, die notwendigen Einwilligungserklärungen der Eltern liegen nicht vor und es sind die Fragen der Umsetzung der Testungen in den Schulen, insbesondere die Folgen und das konkrete Verfahren bei positiven Testergebnissen bei Schülerinnen und Schülern, nicht abschließend geklärt. Somit ist zu befürchten, dass nach dem Impfchaos den Schulen jetzt ein Testchaos droht. Aus Sicht der GEW Brandenburg und des Landeselternrates gefährdet dies die Gesundheit der Schülerinnen, Schüler und der Lehrkräfte sowie die Öffnungen der Schulen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die vergangenen Wochen nicht genutzt wurden, um die notwendigen begleitenden Maßnahmen zum Gesundheitsschutz rechtzeitig und umfassend vorzubereiten und sicherzustellen. Aus unserer Sicht muss sichergestellt werden, dass in den Schulen regelmäßig mit Selbsttests das aktuelle Infektionsgeschehen transparent und nachvollziehbar dokumentiert wird. Aus Sicht der GEW müssen diese Testungen für alle Beteiligten verpflichtend sein und das Nichtvorhandensein

von Tests oder die Verweigerung der Teilnahme daran müssen zu einem Aussetzen der Teilnahme am Präsenzunterricht führen. Dazu bedarf es klarer Vorgaben und Regelungen. Das MBSJ hätte schon längst auf eine Ergänzung der Eindämmungsverordnung drängen und diese durchsetzen müssen.

GEW-Chef Fuchs: „Es ist nicht mehr nachvollziehbar, dass die aus unserer Sicht unverzichtbaren Maßnahmen im Zusammenhang mit der weiteren Öffnung der Schulen und dem allseits gewünschten Offenhalten nicht rechtzeitig und umfassend vorbereitet und sichergestellt wurden. Ohne regelmäßige tägliche Selbsttests für alle Beteiligten und Impfangebote für alle Lehrkräfte wird mit der Gesundheit der Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte leichtfertig und verantwortungslos umgegangen. In dieser Phase der Pandemie ist es unverzichtbar, das Infektionsgeschehen in den Schulen schnell und umfassend nachvollziehen und dokumentieren zu können. Dazu gehört aus Sicht der GEW auch, dass eine Teilnahme an den Testungen eine unverzichtbare Voraussetzung für die Teilnahme am Präsenzlernen ist. Äußerungen der Ministerin im Zusammenhang mit einer aus ihrer Sicht notwendigen Diskussion über die Einführung einer Impfpflicht sind nicht mehr nachvollziehbar. Es zeugt von einer gewissen Weltfremdheit und Entrücktheit, wenn in der Kultusministerkonferenz über eine Impfpflicht für Lehrkräfte zum Ende des Kalenderjahres reflektiert wird. Die Lehrkräfte fühlen sich verkoht und im Stich gelassen, da es aktuell noch nicht einmal gelingt, ein Impfangebot für die Lehrkräfte im Zusammenhang mit der Öffnung der Schulen zu sichern, und es keine umfassende und verpflichtende Teststrategie gibt.“

Vorsitzender Landesrat der Eltern **Mertens:** „Eine Umsetzung der Tests ohne vorherige Abstimmungen zu den Verfahrensfragen mit den Mitwirkungsgremien der Eltern, Lehrer und Schüler des Landes lehnt der Landesrat der Eltern strikt ab. Die Eltern des Landes möchten wissen, wie und in welchen Abständen die Testungen erfolgen sollen, wer dafür verantwortlich ist, wie der Datenschutz gewährleistet wird, wie der Umgang mit positiven Testergebnissen erfolgt, wie eine Stigmatisierung betroffener Kinder verhindert wird u. v. a.

Das MBSJ macht wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten. Aus Sicht des Landesrates der Eltern wird durch die fehlende Beteiligung der Betroffenen ein eigentlich praktikabler Weg zur Gesundheitsvorsorge in den Schulen verbaut.“